

## Jahresbericht der Fachkommission Hochbau und Soziales 2019

Die Fachkommission Hochbau und Soziales hat im vergangenen Jahr an zwei Sitzungen, im konstruktiven Austausch mit dem BLW, den Stand der Strukturverbesserungsmassnahmen im landwirtschaftlichen Hochbau sowie der sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und Ideen für die Weiterentwicklung im Rahmen der kommenden Agrarreformetappen beraten. Der intensive Kontakt zwischen der Kommission und dem BLW soll auch nach dem Ausscheiden des Bundesamtes aus der Suissemelio per 31.12.2019 weitergeführt werden. Die Fachkommission soll die Plattform bleiben, um die Erfahrungen der Kantone an das BLW weiterzugeben und neue Ansätze für die Strukturverbesserungsmassnahmen und die sozialen Begleitmassnahmen zu diskutieren.

An der Fachtagung vom 18.6.2019 in Olten wurden folgende Themen im Workshop Hochbau diskutiert:

- Verwaltungskostengebühren, Verzugszinsen.
- Berechnung des Vermögens bei juristischen Personen.
- Erfahrungen mit der Definition Erfolgreiche Betriebsführung
- Gesuchsteller und Verfälschung: Verhalten des Bundes.
- Erhöhung des Ertragswertes und Kreditsicherheit.

Die Beurteilung des Bundes der verschiedenen Themen, die Erfahrungen aus den Kantonen sowie die Handhabung konkreter Massnahmen ergaben wiederum eine interessante Diskussionsrunde anlässlich der Fachtagung.

Die Kommission hat sich an ihren Sitzungen weiter mit den bevorstehenden Änderungen zur AP22+ bzw. mit dem Verordnungspaket 2020 befasst und Inputs an das BLW weitergegeben, wie einzelne Massnahmen konkret ausgestaltet werden könnten. Die Kommission war in der Lage unmittelbar zu Beginn der Vernehmlassung zum Verordnungspaket 2020 Anfang Februar 2020 eine detaillierte Stellungnahme zu verfassen und diese anderen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Die Fachkommission hat weiter das Thema Risikomanagement diskutiert und sich über das im Kanton Waadt angewendete Verfahren orientieren lassen. Aufgrund der Diskussion wurde beschlossen, dass vorerst keine gemeinsame Lösung angestrebt werden soll, da zuerst die Änderungen im Rahmen von AP22+ abgewartet werden sollen.

Zu regelmässigen Diskussionen in der Kommission führt die Softwarelösung eMapis. Verschiedene Kantone monieren nach wie vor, dass ein erheblicher Mehraufwand durch diese Softwarelösung bei den Kantonen entstanden ist und auch hier administrative Vereinfachungen notwendig werden.

Ich danke den Kommissionsmitgliedern und den Vertretern des BLW für die konstruktive Diskussionskultur in unserer Kommission.

Solothurn, 9. Juli 2020

Der Präsident



Peter Brügger